

Wir haben Wort gehalten:

## Die Steuerzahler werden dauerhaft entlastet

Die SPD hat über Wochen und Monate die Unwahrheit gesagt. Wider besseres Wissen hat sie den Bürgern einzureden versucht, die Bundesregierung plane eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wolle die Arbeitnehmerfreibeträge kürzen, oder sogar neue Steuern einführen. Diese Neid- und Angstkampagne zur Steuerreform hat sich spätestens mit der Vorlage des Finanzierungskonzepts durch Bundesfinanzminister Stoltenberg als das entlarvt, was sie wirklich ist: als ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver der SPD.

Die SPD ist in der Steuer- und Finanzpolitik ohne Alternative. Und sie glaubt, mit unwahren Anschuldigungen ihre verheerende Finanzpolitik aus Vergangenheit und Gegenwart vergessen zu machen, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, fest.

Die SPD hat während ihrer Regierungszeit die Finanzen unseres Staates zerrüttet, durch einen verhängnisvollen Kreislauf von ungehemmter Ausgabenpolitik, massiver Staatsverschuldung und Steuererhöhungen.

In ihrer Regierungszeit wurden 17mal die Verbrauchssteuern erhöht und den Bürgern 25,6 Mrd. DM jährlich zusätzlich aus der Tasche gezogen;

**Ganz aktuell:**

**Das neue**

**CDU extra**

### HEUTE AKTUELL

- **STEUERREFORM**  
Alles über die Auswirkungen der Steuerreform mit Beispielen. Seiten 2 bis 6
- **UWE BARSCHTEL**  
Eine Vorverurteilung ist immer auch ein Unrecht, sagte der Bundeskanzler in Hamburg zu den Begleitumständen beim Tode von Uwe Barschel. Seite 8
- **KARDINAL HÖFFNER**  
Heiner Geißler würdigte aus Sicht der CDU Deutschlands die großen Verdienste des Verstorbenen. Seite 9
- **CDA**  
Ulf Fink zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seite 10
- **KOHLE/STAHL**  
Norbert Blüm stellte im Deutschen Bundestag klar: Wir lassen niemanden im Stich. Seite 12
- **DOKUMENTATION**  
Regierungserklärung zur Lage der Nation. Grüner Teil

# Freibeträge bei Belegschaftsrabatten sind eine faire Lösung

Die drei Stufen der Steuerreform 1986, 1988 und 1990, die den arbeits- und mittelstandsfreundlichen Einkommensteuertarif bringen, entlasten einen Durchschnittsverdiener — verheiratet, 2 Kinder — 1990 mit rund 2000 Mark im Vergleich zum SPD-Tarif 1981, der bis 1985 galt. Noch wichtiger ist, daß der Zugriff der Steuerprogression auf Mehrverdienst auch in den folgenden Jahren kräftig gemildert wird: Nach dem Reform-Tarif 1990 steigt die steuerliche Grenzbelastung zwischen 18 000 und 60 000 Mark (Ledige) nur noch von 22 auf 35 Prozent — nach dem SPD-Tarif von 1981 würde sie weiterhin von 22 auf 50 Prozent anwachsen!

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hansjörg Häfele, erklärt zu den Belegschaftsrabatten für Pkw, die besonders für Baden-Württemberg von Bedeutung sind: Die Steuerreform führt nicht bloß zu einer dauerhaften Steuerentlastung, sondern auch zu Steuervereinfachungen und zu mehr steuerlicher Gerechtigkeit. Um Fragen der steuerlichen Gerechtigkeit geht es zum Beispiel bei den Belegschaftsrabatten. Seit Jahren mahnen die Rechtsprechung und der Bundesrechnungshof, daß auf diesem Feld der Rechtsstaat versage. Die unbegrenzte Steuerfreiheit von Belegschaftsrabatten ist im Hinblick auf das Gebot der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und auf den

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

17 erfolglose Ausgabenprogramme kosten den Steuerzahlern 50 Mrd. DM.

Die Inflationspolitik, zusammen mit steigenden Zins- und Steuerlasten, war die größte Umverteilungsaktion von unten nach oben, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

Die SPD hat nichts gelernt. In den SPD-regierten Bundesländern wurde nach 1982 und wird auch heute noch Finanzpolitik nach demselben Rezept betrieben: Schulden machen ohne Rücksicht auf die Folgen.

**Die Wahrheit ist:** Die Steuerreform 1990 bringt eine Steuerentlastung von 44 Mrd. DM. Davon sind 25 Mrd. DM echte Steuerentlastungen. Etwa 500 000 Arbeitnehmer fallen aus der Steuerpflicht her-

aus. Der Eingangssteuersatz sinkt von 22 auf 19 v.H. Allein das letztere bringt eine Entlastung von 7 Mrd. DM für die Arbeitnehmer. Beim Abbau von Steuerbegünstigungen von insgesamt 19 Mrd. DM, die der Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit, der Steuervereinfachung und der Gegenfinanzierung der Steuerreform dienen, ist der Arbeitnehmerbereich nur mit 3,5 Mrd. DM beteiligt.

**Es bleibt dabei:** Die Steuerreform sorgt für mehr Steuergerechtigkeit, sie ist ordnungspolitisch geboten, sie verbessert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, sie stützt unsere Konjunktur, sie erfüllt unsere internationalen Zusagen. Und vor allem sind ihre Entlastungswirkungen gerecht verteilt.

Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht zu halten. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die Preisvorteile für den einzelnen Arbeitnehmer absolut und im Verhältnis zu seinem Barlohn erhebliches Gewicht haben, zum Beispiel bei den sogenannten Jahreswagen. Hier erlangen manche sehr hohe Steuervorteile, die weder im Verhältnis zur Besteuerung des Tariflohns noch im Verhältnis zur steuerlichen Behandlung von Arbeitnehmern in anderen Industriezweigen gerechtfertigt sind. Wir müssen alle Arbeitnehmer steuerlich gleichbehandeln. Jeder Steuerzahler muß sich bewußt sein, daß seine Steuervergünstigung eine Steuererhöhung für die anderen Steuerzahler bedeutet.

Die Einführung des Freibetrages von 2400 Mark für Belegschaftsrabatte, welche der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zukommen läßt, beseitigt in fairer Weise einen rechtswidrigen Zustand. Beispielrechnungen zeigen, daß durch die Steuerreform fast alle Steuerbürger „unter dem Strich“ eine Steuerentlastung erhalten. In extremen Sonderfällen, bei denen bisher in einer Person mehrere hohe Sondervergünstigungen zusammenkamen, kann es ausnahmsweise zu geringen Mehrbelastungen kommen.

Die folgenden Beispiele zeigen, daß auch bei Jahreswagen die neue Regelung ab 1990 eine faire Lösung darstellt:

1. **VW-Golf** mit Katalysator, 75 PS

Listenpreis rund	17 400 DM
<b>Rabatt</b> 17 v. H.	<b>2 958 DM</b>
Steuerfrei bleiben	2 400 DM
zusätzlich zu versteuern	558 DM
Auswirkungen	
bei 25 v. H. Grenzbelastung	140 DM
<b>Verbleibender Vorteil</b>	
(Rabatt abzüglich Steuer)	<b>2 818 DM</b>

2. **Opel Kadett** mit Katalysator, 75 PS

Listenpreis rund	18 300 DM
<b>Rabatt</b> 19 v. H.	<b>3 477 DM</b>
Steuerfrei bleiben	2 400 DM
zusätzlich zu versteuern	1 077 DM
Auswirkungen	
bei 25 v. H. Grenzbelastung	269 DM
<b>Verbleibender Vorteil</b>	
(Rabatt abzüglich Steuer)	<b>3 208 DM</b>

3. **Ford Scorpio** 2,5 D

Listenpreis rund	30 200 DM
<b>Rabatt</b> 22 v. H.	<b>6 644 DM</b>
Steuerfrei bleiben	2 400 DM
zusätzlich zu versteuern	4 244 DM
Auswirkungen	
bei 27 v. H. Grenzbelastung	1 146 DM
<b>Verbleibender Vorteil</b>	
(Rabatt abzüglich Steuer)	<b>5 498 DM</b>

4. **Daimler-Benz 190** mit Katalysator, 105 PS

Listenpreis rund	32 500 DM
<b>Rabatt</b> 21,5 v. H.	<b>6 988 DM</b>
Steuerfrei bleiben	2 400 DM
zusätzlich zu versteuern	4 588 DM
Auswirkungen	
bei 30 v. H. Grenzbelastung	1 376 DM
<b>Verbleibender Vorteil</b>	
(Rabatt abzüglich Steuer)	<b>5 612 DM</b>

## Offensive gegen Steuerreform-Kampagne

Die CDU-Sozialausschüsse sollen der vom Deutschen Gewerkschaftsbund angekündigten Kampagne gegen die Steuerreform mit eigenen Aktionen entgegenzutreten, forderte der Bundestagsabgeordnete Alfons Müller (Wesseling). In einem Interview der „Bonner Rundschau“ sprach er von der Notwendigkeit einer Aufklärungsoffensive. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft müsse jetzt frühmorgens vor den Fabrik-toren erscheinen und der Kampagne des DGB entgegenzutreten.

# Fragen und Antworten zur Steuerreform

In der öffentlichen Diskussion werden CDU-Funktionäre und Mitglieder immer wieder mit wahrheitswidrigen Behauptungen von Seiten der SPD konfrontiert. Wir haben aus diesem Grunde eine Reihe von Fragen und Antworten zusammengestellt, damit unsere Parteifreunde auf solchen Unterstellungen die richtige Antwort geben können.

**1. Ist es richtig, daß auf Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist eine Kapitalertragssteuer erhoben wird?**

**Antwort:**

Nein, Zinserträge aus den normalen Sparbüchern mit der gesetzlichen Kündigungsfrist von 3 Monaten bleiben vom Steuerabzug ausgenommen. Der zehnpromtigen Kapitalertragssteuer sollen folgende Kapitalerträge unterliegen:

- Zinsen aus Schuldverschreibungen,
- Zinsen aus Schuldscheindarlehen,
- Zinsen aus Guthaben und Einlagen bei Kreditinstituten und Bausparkassen,
- Erträge aus Kapitalansammlungsversicherungen z.B. (Lebensversicherungen),
- Ausschüttungen auf Investmentanteilscheine.

**2. Die „kleinen Sparer“, d. h. Ledige mit einem Jahreseinkommen von unter 24 000 DM und Verheiratete von unter 48 000 DM, sind von der zehnpromtigen Kapitalertragssteuer ausgenommen. Müssen sie jetzt bei ihrer Sparkasse angeben, wieviel sie verdienen?**

**Antwort:**

Nein! Auf Zinsen aus Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist, das sind drei Monate, wird eine Kapitalertragssteuer nicht erhoben. Für Zinsen aus

anderen Einlagen können sie sich bei ihrem Finanzamt eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung ausstellen lassen und diese ihrer Sparkasse vorlegen. Sie wird dann keine Steuern von den Zinsen einbehalten.

**3. Müssen auch Rentner ihre Ersparnisse versteuern?**

**Antwort:**

Bei Rentnern mit Zinsen aus Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist wird die zehnpromtige Kapitalertragssteuer nicht erhoben. Rentner, die andere Kapitalerträge haben und nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden, können bei ihrem Finanzamt die Ausstellung einer Nichtveranlagungs-Bescheinigung beantragen, damit das Kreditinstitut keine Steuern davon einbehalten muß.

**4. Muß derjenige, der im Rahmen des 624-Mark-Gesetzes Anteile an einem Aktienfonds gekauft hat und sie nach sieben Jahren mit Gewinn verkaufen will, seinen Gewinn versteuern?**

**Antwort:**

Gewinne aus dem Verkauf von Aktienfonds, die zum Privatvermögen gehören, werden nur zur Einkommenssteuer herangezogen, wenn die Frist zwischen Erwerb und Veräußerung des Fondsanteils weniger als 6 Monate beträgt. Diese „Spekulationsfrist“ gibt es schon länger.

**5. Wird durch die Erweiterung der zehnpromtigen Kapitalertragssteuer in den Aufbau einer Lebensversicherungssumme mindernd eingegriffen?**

**Antwort:**

Die Lebensversicherungsgesellschaften garantieren die vertraglich abgeschlossene Versicherungssumme. Diese Summe wird durch den im Versicherungsbeitrag

enthaltenen Sparanteil und die sogenannten rechnungsmäßigen Zinsen erreicht. In diese Kapitalansammlung mit einer Laufzeit von mindestens zwölf Jahren greift das Steuerrecht nicht ein, und die rechnungsmäßigen Zinsen bleiben weiterhin steuerfrei. Außerrechnungsmäßige Zinsen, die zusätzlich zur Versicherungssumme gewährt werden und die dem einzelnen Versicherungsvertrag vor dem 1. Januar 1989 zugeordnet werden, bleiben auch künftig steuerfrei. Ab 1989 greift auch hier die Besteuerung mit 10 v. H. ein.

**6. Muß derjenige, der Aktien besitzt, jetzt neben der Kapitalertragssteuer von 25 % auch noch die zehnprozentige Kapitalertragssteuer zahlen? Und was geschieht, wenn er die Aktien mit Gewinn verkauft?**

**Antwort:**

Nein. Nach wie vor gibt es die Kapitalertragssteuer von 25 % auf Dividenden aus Aktien. Gewinne aus dem Verkauf von Aktien, die vor mehr als sechs Monaten angeschafft wurden, unterliegen im privaten Bereich nicht der Einkommensteuer.

**7. Unterliegen Bausparverträge der zehnprozentigen Kapitalertragssteuer?**

**Antwort:**

Wenn der Bausparvertrag nach dem 31. 12. 1988 zugeteilt wird, unterliegen Zinserträge, die ab dem 1. 1. 1989 dem Bausparvertrag gutgeschrieben werden, der zehnprozentigen Kapitalertragssteuer.

**8. Was geschieht, wenn jemand die zehnprozentige Kapitalertragssteuer umgehen will und sein Geld zum Beispiel in der Schweiz anlegt?**

**Antwort:**

Dann macht er ein schlechtes Geschäft. In fast allen europäischen Ländern gibt es Steuern vom Kapitalertrag, meist höher als die bei uns geplanten. Die

Schweiz z. B. erhebt auf Zinserträge eine Kapitalertragssteuer in Höhe von 35 v. H., die auch Ausländer zu zahlen haben.

**9. Wie wirkt sich die Arbeitnehmerpauschale von 1 644 DM bei demjenigen aus, der bislang über 1 644 DM Werbungskosten beim Lohnsteuerjahresausgleich geltend machen konnte?**

**Antwort:**

Unterm Strich wirken sich die Absenkung des Lohnsteuertarifs und die höhere Kilometerpauschale so stark aus, daß er nicht schlechter dasteht als bisher.

**10. Die Kilometer-Pauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wird von 36 auf 50 Pfennig erhöht. Was ändert sich für denjenigen, der die Bahn benutzt?**

**Antwort:**

Nichts, bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel können wie bisher die tatsächlichen Fahrtkosten geltend gemacht werden.

**11. Muß eine Nachtkrankenschwester ihre Nachtzuschläge künftig versteuern?**

**Antwort:**

Sie bleiben bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei. Es ist daran gedacht, die Obergrenze für die Steuerfreiheit von Nachtarbeitszuschüssen zu erhöhen, um beispielsweise die Nachtschwester in den Krankenhäusern aber auch die Beschäftigten in Zeitungsdruckereien zu schonen.

**12. Muß jemand, der jeden Sonntag Dienst hat und dafür pauschal 150 DM erhält, künftig mit Abzügen rechnen?**

**Antwort:**

Nein, wenn die Pauschale nicht über 50 Prozent des Grundlohns hinausgeht, bleibt sie weiterhin steuerfrei.

**13. Muß jemand, der seinen Dienstwagen auch privat nutzt und dafür vom Arbeitgeber**

einen bestimmten Betrag vom Gehalt abgezogen bekommt, mit Änderungen rechnen?

**Antwort:**

Es sind keine Änderungen vorgesehen.

**14. Ein Arbeitnehmer erhält anlässlich seines 10jährigen Firmenjubiläums beispielsweise 1500 Mark Treueprämie. Bislang waren 600 Mark davon steuerfrei. Wieviel Steuern muß er jetzt zahlen?**

**Antwort:**

Hier ändert sich nichts. Es bleibt bei der bisherigen Regelung für die „Treueprämie“.

**15. Die Steuerfreiheit von Belegschaftsrabatten wird auf 2.400 DM jährlich begrenzt. Was muß vom Angestelltenrabatt versteuert werden?**

**Antwort:**

Nur, was an Einsparungen durch den Angestelltenrabatt über 2 400 Mark im Jahr hinausgeht, muß versteuert werden. Bei einer Freigrenze von 2 400 Mark kann bei 10% Personalrabatt bis zu 24 000 Mark steuerfrei eingekauft werden. Kauft jemand für 30 000 Mark ein, müßte er 600 Mark versteuern.

## Staatspräsident Mitterrand in Bonn:

# Den Aufbau Europas vorantreiben

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Präsident Mitterrand trafen am 20. Okt. 1987 in Bonn zu einem fast einstündigen Vier-Augen-Gespräch zusammen. Das Gespräch fand in sehr freundschaftlicher Atmosphäre statt. Erörtert wurden Fragen der europäischen Sicherheit, der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Beide Staatsmänner waren sich darin einig, daß der Prozeß der Abrüstung konsequent und in kluger Weise fortgeführt werden soll. Dabei müsse auch zukünftig vor allem darauf geachtet werden, daß ein Krieg in Europa nicht wieder führbar werde. Ziel der gemeinsamen Strategie sei es, Kriege zu verhindern.

Unter Bezugnahme auf seine Tischrede beim Bundespräsidenten erläuterte der französische Präsident noch einmal ausführlich die französische Nuklearstrategie und betonte, daß die französischen Systeme nicht zur Kriegsführung, son-

dern ausschließlich der Kriegsverhinderung dienen.

Beide Seiten waren sich einig, den Aufbau Europas voranzutreiben. Dabei müsse die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Schrittmacherrolle spielen. In diesem Zusammenhang sollen die bilateralen Gespräche fortgeführt werden, um die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten weiter zu intensivieren. Eine solche Abstimmung sei vor allem für die Vorbereitung des Europäischen Rates in Kopenhagen erforderlich. Eine besondere Gelegenheit dazu bietet sich bei den 50. Konsultationen im November in Karlsruhe.

Gleichzeitig wurde vereinbart, die Gespräche zur Vorbereitung eines gemeinsamen Verteidigungsrates und für die Errichtung integrierter Truppenteile fortzuführen, um anlässlich des 25. Jahrestages des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. Januar 1988 in Paris zu ersten konkreten Schritten zu kommen.

# Steuerfreie Pauschale für Übungsleiter bleibt

In den letzten Wochen haben sich zahlreiche Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion in persönlichen Schreiben an gemeinnützige Vereine und Organisationen gewandt. In diesen Schreiben haben sie in irreführender Weise zu Fragen der Vereinsbesteuerung Stellung genommen. Dazu erklärte Engelbert Nelle, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich halte es für angebracht, dieser Desinformation und Fälschung im vopolitischen Raum entgegenzuwirken und stelle fest:

■ Es gab und gibt keine Überlegungen, die steuerfreie Pauschale für Übungsleiter von 2 400 Mark jährlich abzuschaffen. In den Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform ist sie nicht enthalten. Der Bundesminister der Finanzen hat hierzu festgestellt: „Deshalb sind Behauptungen, das Bundesministerium der Finanzen plane die Aufhebung oder Einschränkung bestimmter bisheriger Vergünstigungen, frei erfunden und unzutreffend“. Die Kampagne der SPD gegen die Bundesregierung erweist sich daher einmal mehr als eine bewußte Panikmache und gewollte Verunsicherung der Mitarbeiter in Vereinen.

■ Es ist zwar richtig, daß es eine Auflistung über alle gewährten Subventionen und Steuererleichterungen gibt. Eine solche Liste aber gab es auch bereits unter den SPD-geführten Bundesregierungen. Wenn eine sachgerechte Entscheidung über den Abbau von Subventionen getroffen werden soll, brauchen Regierung und Parlament eine derartige Übersicht. Es ist daher unredlich, eine solche

Zusammenstellung als feste Absichtserklärung hinzustellen.

Was wir im Zusammenhang mit der Steuerreform aber wohl erreichen wollen, ist eine erhebliche Steuervereinfachung auch für den steuerrelevanten Vereinsbereich.

■ Die Bundesregierung beabsichtigt — in Übereinstimmung mit den Koalitionsfraktionen —, das gesamte Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht auf der Grundlage eines Gutachtens zu überprüfen, das eine von Bundesfinanzminister Stoltenberg im Dezember 1985 eingesetzte unabhängige Sachverständigenkommission noch in diesem Jahr vorlegen wird. Somit kann in der Frage eventueller weiterer Steuererleichterungen für Sportvereine erst eine Entscheidung dann fallen, wenn dieser Bericht vorliegt. Der Bundestag hat auf unseren Antrag hin beschlossen, daß in diese Auswertung die betroffenen Organisationen, zum Beispiel der Deutsche Sportbund, unmittelbar einbezogen werden.

■ Wir haben den Deutschen Sportbund frühzeitig darauf hingewiesen und vorgeschlagen, dies als Chance zur Überarbeitung der gesamten sportrelevanten Steuergesetzgebung zu nutzen und sich nicht auf das Kurieren an Symptomen zu beschränken, da aufgrund der dynamischen Entwicklung im Sport sonst sicherlich bald schon wieder neue Überlegungen anzustellen sind. Dieses Verhalten ist in der Sache korrekt und richtig und dient nicht, wie die SPD verbreitet, der Tarnung und bewußten Verzögerung von Entscheidungen zugunsten oder zu Lasten der gemeinnützigen Sportvereine.

# Vorverurteilung ist immer Unrecht

**Auf der 22. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Hamburg führte der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, zu den Vorgängen um den tragischen Tod von Uwe Barschel u. a. folgendes aus:**

„Wenn ein Mensch stirbt, dann gilt es, die Würde des Todes und des Toten zu achten sowie — und das ist kein altmodisches Wort — Pietät zu wahren. Gerade in einem solchen Augenblick muß sich die Fähigkeit erweisen, Mitgefühl zu spüren und Trauer zu empfinden sowie an das Nächstliegende zu denken — das heißt an den Verstorbenen selbst und an seine Nächsten: seine Frau, seine vier Kinder und seine Mutter. Der erste Gedanke mußte doch sein: Der frühe Tod dieses Mannes, der in jungen Jahren schon viel geleistet hat, ist zu allererst eine große menschliche Tragödie.

Bei allem, was jetzt diskutiert wird, sollten wir nicht vergessen: Uwe Barschel hat sich in den langen Jahren seines politischen Wirkens — zuletzt als Ministerpräsident — um Schleswig-Holstein und um unsere Bundesrepublik verdient gemacht.

Dem Verstorbenen muß über den Tod hinaus Gerechtigkeit widerfahren. Dazu gehört die Feststellung, daß Uwe Barschel in diesen letzten Wochen — jenseits aller sicherlich wichtigen Details — nicht immer und überall eine faire Chance erhielt.

Das begann an jenem 12. September, wenige Stunden vor Öffnung der Wahllokale, als zur Hetzjagd geblasen wurde — zu einem Zeitpunkt und in einer Form, daß Uwe Barschel sich praktisch nicht

mehr wehren konnte. Danach wurde er von vielen Tag für Tag, Woche für Woche gleichsam an den Pranger gestellt.

Vorverurteilung ist grundsätzlich immer Unrecht. Die Unschuldsvermutung trägt keine Ausnahme. So müssen alle aus dem Geschehenen Lehren ziehen. Wir müssen bei Verdächtigungen Vorsicht walten lassen. Wir müssen immer beide Seiten hören, vor allem aber jenen, dem ein Vorwurf gemacht wird. Wir müssen allgemein einen menschlichen, würdevollen Umgang miteinander wahren.

Im politischen Leben sollten wir bei allen notwendigen Auseinandersetzungen beherzigen: Zwischen Demokraten darf es kein Freund-Feind-Verhältnis geben, und in unserer politischen Kultur heiligt der Zweck auch wegen des gebotenen Respekts vor dem Volkssouverän nicht jedes Mittel. „Macht“ muß auch in der Demokratie sein, aber sie ist nicht Selbstzweck, und sie lohnt nicht jeden Preis.

Wir alle sind dafür verantwortlich, daß unsere Demokratie nicht Schaden leidet. „Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit“, heißt es im Grundsatzprogramm der CDU. „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“

Dieses menschliche Maß muß auch unseren Umgangsstil in der Politik kennzeichnen. Niemand von uns kann heute ein abschließendes Urteil „Wer schuldig geworden ist“ und „Wer sich geirrt hat“ fällen. Deswegen wollen wir um Wahrheit und Aufklärung bemüht sein.

# Abschied von einer großen Persönlichkeit

**Aus Anlaß des Todes von Joseph Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln und langjähriger Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, veröffentlichte der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, nachfolgende Erklärung (leicht gekürzt):**

Mit Joseph Kardinal Höffner verlieren die katholischen Christen und darüber hinaus die Bundesrepublik Deutschland insgesamt einen bedeutenden Repräsentanten, der — öffentlich wie auch im Verborgenen — viel für unser Land geleistet hat. Unser Mitgefühl gilt den katholischen Mitbürgern sowie allen, die um ihn trauern.

Die CDU Deutschlands ist Joseph Kardinal Höffner zu Dank verpflichtet. Als profiliertes und weit über sein Fachgebiet hinaus anerkannter Experte der Katholischen Soziallehre hat er sein profundes Wissen und sein innovatives Denken immer wieder auch in den Dienst von Staat und Gesellschaft gestellt. Erinnert sei an sein Engagement für die dynamische Altersrente, für einen gerechten Familienlastenausgleich und eine breit gestreute Vermögensbildung. Drei Bundesministerien haben sich seines Wissens und Könnens versichert, indem sie ihn in ihren wissenschaftlichen Beirat beriefen. Daß die CDU 1957 die bruttolohnbezogene Rente schaffen konnte, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Alterssicherung gilt, ist nicht zuletzt das Verdienst des damaligen Münsteraner Ordinarius Prof. Höffner.

Mit dem Kölner Kardinal verstarb eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die Konzilianz und Bescheidenheit mit Eindeutigkeit und gelassener Konfliktbe-

reitschaft zu verbinden wußte. Er ist als öffentlicher Mahner hervorgetreten, der — „gelegentlich oder ungelegentlich“ — auch für die CDU nicht immer bequeme Wahrheiten ausgesprochen hat. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz hat stets klar und deutlich Stellung bezogen, wo ihm sein Amt auftrag, ethische Grundüberzeugungen zu verdeutlichen oder zu verteidigen; sein Wort hat das Gewissen der Menschen geschärft und ihnen Hoffnung und Orientierung gegeben. Unvergessen bleibt sein unermüdliches Eintreten für den Schutz ungeborener Kinder als der schwächsten Form des menschlichen Lebens. Der Kardinal hat mit großem Nachdruck vor Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit gewarnt; seine Aufrufe zur Solidarität mit den Arbeitslosen waren weit mehr als nur Geste. Er hat das Hirtenwort der Bischöfe zur Friedenspolitik „Gerechtigkeit schafft Frieden“ in wesentlichen Teilen formuliert und damit nachhaltig die geistige und politische Klärung der Friedensfrage in der Bundesrepublik Deutschland gefördert. Durch seine Begegnungen mit dem polnischen Episkopat hat Kardinal Höffner einen bedeutenden Beitrag zur Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen erbracht. Als Schirmherr bischöflicher Hilfswerke hat sein Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte weltweite Anerkennung gefunden.

Der Erzbischof von Köln und ehemalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz hat durch sein Wirken unserem Staat einen wichtigen Dienst geleistet. Die CDU Deutschlands nimmt mit Respekt und Dankbarkeit Abschied von einer großen Persönlichkeit.

# Staffelübergabe bei der CDA

**10 Jahre lang war Bundesarbeitsminister Norbert Blüm Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. In seinem letzten Rechenschaftsbericht auf der 22. Bundestagung in Hamburg (16./18. Oktober 1987) versicherte er den Delegierten, in seiner langen Reihe von Tätigkeiten vom „Meßdiener bis zum Minister“ sei das Amt des CDA-Vorsitzenden „sein schönstes“ gewesen. Da gab es am Schluß stehenden Applaus für den Scheidenden.**

Neuer Vorsitzender der CDA wurde der Berliner Sozialsenator Ulf Fink. Er erhielt 312 von 360 abgegebenen Stimmen. 36 Delegierte stimmten gegen ihn, zwölf enthielten sich der Stimme. Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit hatte im Vorfeld des Kongresses seine zunächst angekündigte Gegenkandidatur zurückgezogen.

In seiner Abschiedsrede widersprach Norbert Blüm dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, der in einem Grußwort den Verzicht auf die Steuerreform zugunsten öffentlicher Beschäftigungsprogramme gefordert hatte. Blüm verteidigte die Steuerreform, weil sie auch die Arbeitnehmer deutlich entlasten werde. Der Forderung nach einer Grundrente erteilte Blüm eine klare Absage. Eine Grundrente von ca. 800 DM bezeichnete er als Betrug an den Fleißigen.

In einem Grußwort nannte Generalsekretär Heiner Geißler Blüm „einen Hoffnungsträger der CDU“. Wer Norbert Blüm angreife und beschädigen wolle, der greife auch die CDU an und wolle die CDU beschädigen. Blüm habe in der Frage der Menschenrechte mit seiner Reise nach Chile ein klares moralisches Signal gegeben.

Am Samstagvormittag hatten die Delegierten Gelegenheit, mit dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Helmut Kohl zu diskutieren. Es gab eine Reihe kritischer Fragen, insbesondere zur Steuerreform. Der Kanzler blieb keine Antwort schuldig. Helmut Kohl war wie immer in solchen Diskussionen in Hochform und wurde mit großem Applaus verabschiedet.

Hitzigster Diskussionspunkt war die Steuerreform und hier vornehmlich die Höhe der steuerfreien Zuschläge bei Nacht- und Schichtarbeit und die vorgesehene allgemeine Arbeitnehmerpauschale. Der Kanzler verteidigte die Strategie der Koalition, erst jetzt die Maßnahmen bekannt zu geben, wies daraufhin, daß die Fraktion das Grundkonzept überzeugend gebilligt habe und daß man über einige Punkte bei den Beratungen in den Ausschüssen sicher noch werde reden müssen.

Im weiteren Verlauf ihrer Beratungen, nach guter Vorarbeit in verschiedenen Foren, verabschiedeten die Delegierten die „Hamburger Erklärung“ zur Arbeitsmarktpolitik. Dieser Beschluß unter der Überschrift „Arbeit für alle“ sieht u. a. vor, daß der Staat zu einem späteren Zeitpunkt geplante öffentliche Investitionen zum Beispiel in den Bereichen Umwelt und Stadtanierung schon jetzt durchführe, um Arbeitslose wieder ins Erwerbsleben zurückzuführen.

Auswirkungen für die kommenden Entscheidungen in Bonn erhoffen sich die Sozialausschüsse auch von ihren Beschlüssen zur Rentenreform und zur Strukturreform des Gesundheitswesens. Einstimmig legten sich die Delegierten darauf fest, daß die Rente aus der gesetzlichen Altersversicherung weiterhin lohn-



Ulf Fink

und beitragsbezogen bleiben und nach dem verfügbaren Arbeitnehmereinkommen entwickeln soll. Weitere Forderungen des Kongresses in der Alterssicherung sind die Erweiterung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht auf langfristig drei Jahre und eine Verlängerung des Vorruhestandes, der auch im öffentlichen Dienst eingeführt werden soll. Bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Sozialausschüsse nur dann bereit, eine höhere Selbstbeteiligung hinzunehmen, wenn auch den Erbringern von Gesundheitsleistungen finanzielle Einschnitte zugemutet werden und die Pflegefallversicherung verbessert wird.

Zum Thema Rentenreform wurde der Vorstand beauftragt, 1988 eine Fachtagung durchzuführen. Als Stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Wolfgang Vogt, Irmgard Sehrbrock, Peter Kudella und Kurt Härzschel. Als Schatzmeister bestätigt wurde Heinz Soenius.

## Finks schwere Aufgabe

Der neue Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Ulf Fink, glaubt, daß sich der Deutsche Gewerkschaftsbund um bessere Kontakte zur CDU bemüht. Im Gespräch mit der Welt forderte er den DGB jedoch auch zu mehr parteipolitischer Unabhängigkeit auf. Die Passage lautet:

*Glauben Sie, daß nach dem Streit um den „Streik-Paragraphen 116“ das Verhältnis der CDU zum Deutschen Gewerkschaftsbund wieder in Ordnung gebracht werden kann?*

**Fink:** Die außerordentlich große Präsenz von Gewerkschaftsvorsitzenden hier auf unserem Bundeskongreß hat gezeigt, daß auch von DGB-Seite Interesse an verbesserten Kontakten besteht. Wir sind für die Einheitsgewerkschaft, ohne jemandem vorzuschreiben, in welche Gewerkschaft er gehen muß. Das bedeutet aber auch, daß sich die Einheitsgewerkschaft um parteipolitische Unabhängigkeit bemüht.

**Im „Deutschlandfunk“ sagte Fink zur Kritik an dem in Hamburg verabschiedeten Arbeitsbeschaffungsprogramm:**

*Tatsache ist, wir haben kein Beschäftigungsprogramm, wie es die SPD in den siebziger Jahren ständig gemacht hat und wo in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit mächtig gestiegen ist, gefordert, weil wir gesagt haben, wir müssen dafür sorgen, daß ohnehin geplante Investitionen vorgezogen werden. Man muß doch sehen, jetzt sind die Kapazitäten frei — in der Bauindustrie beispielsweise kann man jetzt zu guten Preisen die Investitionen vornehmen; warum soll man das erst im Jahr 1991 tun?*

# Norbert Blüm: Wir lassen die Stahlkocher nicht im Stich

**Norbert Blüm hat es geschafft. Die Bundesregierung läßt die Stahlkocher nicht im Stich. Zu den bisher beschlossenen Maßnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden DM kommen noch einmal 600 Millionen Strukturhilfen. Davon trägt der Bund 300 Mio. Jeweils 150 Mio. DM sollen die Länder und die EG besteuern. Das bedeutet: Die Gefahr von Massenentlassungen ist vom Tisch.**

Beim Stahl ist eine Anpassung der Kapazitäten unvermeidlich. Das wissen alle Beteiligten: Die Stahlunternehmen wie die Gewerkschaften, die betroffenen Länder wie der Bund. Deshalb geht es nicht um die Verhinderung des Strukturwandels. Das hätte für die Branche mittelfristig fatale Folgen, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in der Stahldebatte im Deutschen Bundestag (16. Oktober 1987).

Aber sowenig wir den strukturellen Wandel aufhalten wollen, sowenig darf er in einen freien Fall übergehen. Denn das hieße für die Beschäftigten das Aus und für Regionen das K. o. Wir wollen den Anpassungsprozeß durch soziale Flankierung so strecken, daß den betroffenen Menschen und Regionen geholfen wird und Zeit für Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bleibt.

Am 2. Oktober hat es ein Gespräch zwischen Stahlunternehmen, Gewerkschaften und Bundesregierung gegeben, das drei wichtige Ergebnisse gebracht hat:

① Es gibt keine Massenentlassungen in der Stahlindustrie. Damit ist die wichtigste Sorge vom Tisch, die wie ein Mühlstein um den Hals der Stahlarbeiter

wirkte und die Angst und Schrecken verbreitet hat. Das bedeutet, daß die Frankfurter Vereinbarung zwischen der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und der IG Metall in Kraft treten kann.

Ich erinnere daran, daß diese Vereinbarung nicht nur die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und die soziale Flankierung des Arbeitsplatzabbaus beinhaltet, sondern auch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen vorsieht.

② Zusätzlich zu dem Rekordvolumen an Hilfen, die wir bisher bereits zugesagt haben, stellt der Bund weitere 300 Mio. DM zur Verfügung. Wir gehen dabei davon aus, daß die Länder diesen Betrag um weitere 150 Mio. DM aufstocken. Das entspricht der bisherigen Übung. Zuwendungen zur sozialen Flankierung, die sich aus Beschlüssen der EG ergeben, werden auf die Hilfen des Bundes und der Länder angerechnet, soweit sie 150 Mio. DM übersteigen.

③ Die Vereinbarung vom 2. Oktober ist der Beweis, daß unsere Anpassungsprobleme in einem vernünftigen Miteinander gelöst werden können. Ich habe von Anfang an auf diese Zusammenarbeit gesetzt. Die Betroffenen sind nicht an einem parteipolitischen Gezänk und einem Hin- und Herschieben der Verantwortlichkeiten interessiert, sondern an tragfähigen Lösungen für die Stahlkocher. Das zynische Wort aus der Düsseldorfer Staatskanzlei, daß man die Proteste nach Bonn umlenken müsse, wird durch unsere Praxis der Gemeinsamkeit besonders augenfällig als Störmanöver demaskiert.

## Die SPD mäkelte nur herum

Gewerkschaften und Stahlunternehmen haben die Vereinbarung vom 2. Oktober begrüßt, während die SPD sich auf ein abfälliges Herummäkeln beschränkt. Ich warte zusammen mit den Arbeitnehmern auf den ersten konstruktiven Beitrag der SPD oder der sozialdemokratischen Landesregierungen zur Lösung der Stahlprobleme! Konstruktiv heißt, nicht mit dem Finger auf die anderen zu zeigen, sondern deutlich zu sagen, was man selbst zu tun bereit ist. Über Monate tönte es stereotyp von Johannes Rau, die Landesregierung werde sich nicht an Sozialplänen beteiligen. Woran denn dann? Welchen Beitrag will sie denn leisten?

Sie kann es doch nicht als ausreichend ansehen, weiter als Schlußlicht der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherzuhinken. Während bundesweit die Arbeitsplätze zunehmen, sind unter dem Strich in Nordrhein-Westfalen mehr als 60 000 verlorengegangen — Bergbau nicht einmal eingerechnet. In Nordrhein-Westfalen sind Kleinbetriebe unterrepräsentiert und Großbetriebe überrepräsentiert, obwohl neue Arbeitsplätze überwiegend in Kleinbetrieben entstehen. Und bei Existenzgündungen hinkt das Land hinter anderen, kleineren Bundesländern her.

## Raus Schlingerkurs

Was soll denn auch Unternehmen in Nordrhein-Westfalen halten oder nach Nordrhein-Westfalen locken, wenn der Schlingerkurs in der Energiepolitik mit dem bedenkenlosen Schwenk vom vorbehaltlosen Ja zum vorbehaltlosen Nein zur Atomenergie innerhalb weniger Monate auch noch als Ausweis politischer Verlässlichkeit gepriesen wird. Glaubt Johannes Rau ernsthaft, daß ein Unternehmen auf dieser Grundlage zu langfristigen Investitionsentscheidungen in seinem Land zu bewegen ist? Ausstieg aus dem energiepo-

litischen Konsens heißt Abstieg für das Land.

Johannes Rau hat die Führungskraft einer Wetterfahne. Er macht mit, was die Ideologen seiner Partei sich ausdenken — auch zu Lasten von Arbeitsplätzen.

In der Stahl- und Kohlepolitik kommt jetzt die Nagelprobe: Steht Rau bei Kumpels und Stahlkochern, bei den Gewerkschaften und Industrien seines Landes? Was ist die Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf zum Überbrückungskonzept der IG Bergbau wert, wenn das ein Ja zur Kernkraft bedeutet und die Partei gleichzeitig immer wieder das Nein bekräftigt? Auf diese Frage erwartet die Öffentlichkeit eine klare Antwort! Und sie ist gespannt, ob diese Antwort anders ausfällt als bei Lafontaine.

Die Stahlkrise ist kein Problem des Jahres 1987. Seit 1974 haben 100 000 deutsche Stahlkocher ihren Arbeitsplatz verloren. An Rhein und Ruhr war die Entwicklung besonders dramatisch. Aber bei Neuansiedlungen: Fehlanzeige. Da haben andere Länder die Nase vorn. Das ist doch kein Zufall!

Natürlich ist die Stahlkrise kein alleiniges Problem des Ruhrgebietes. Es geht auch um die Oberpfalz und das Saarland, um Bremen und Georgsmarienhütte, um Peine-Salzgitter und das Siegerland. Deshalb brauchen wir auch eine Gemeinschaftsanstrengung über die Ländergrenzen hinweg.

Unsere heutigen Stahlprobleme sind nicht hausgemacht. Denn die Stahlnachfrage stockt weltweit. Gleichzeitig steigt das Stahlangebot weiter. Die jungen Industrieländer mit großen Stahlkapazitäten drängen zusätzlich auf den Markt.

Die klassischen Stahlländer müssen sich darauf einstellen. Aber ein Subventionswettbewerb ist der falsche Weg. Wir haben in Deutschland moderne und leistungsfä-

hige Stahlwerke. Wir haben fleißige, produktive Belegschaften. Aber auch der Fleißigste kommt nicht gegen die Finanzminister anderer Länder an.

Deshalb haben wir in Brüssel einen schärferen Subventionskodex durchgesetzt. Und deshalb haben wir immer wieder bei der EG-Kommission darauf gedrängt, daß die Einhaltung des Kodex streng überwacht wird.

Außerdem haben wir in der EG wirksame Anti-Dumping-Maßnahmen erreicht. Bis Ende 1986 konnten wir mit diesem Stahlaußenregime den Exportzuwachs aus Drittländern auf drei Prozent drücken. Und im November des vergangenen Jahres konnten wir erreichen, daß das Produktionsquotensystem praktisch unverändert bis Ende 1987 verlängert worden ist.

Es geht uns um einen internationalen fairen Wettbewerb. Wir sind zur Kapazitätsanpassung bereit, aber wir werden unsere wettbewerbsfähigen Stahlwerke nicht den unsauberen Subventionspraktiken anderswo opfern.

### **Das hat die Bundesregierung bisher getan**

Die Bundesregierung hat mehr für den Stahl getan als alle Regierungen bisher.

■ Seit 1983 haben wir vom Bund 2,6 Mrd. DM beigesteuert.

■ Für die Jahre 1987—1991 werden über eine Mrd. DM soziale Anpassungshilfen gezahlt. Der Anteil des Bundes beträgt dabei 70 Prozent.

■ Wir haben Leistungsverbesserungen für die Stahlarbeiter beschlossen:

■ Wir haben die Bezugsdauer für das Wartegeld verlängert, die Umschulungszulage verbessert und den Einkommenshöchstbetrag für die Übergangshilfe angehoben.

■ Für alle Stahlarbeiter haben wir die

Bezugsfristen für Kurzarbeitergeld auf 36 Monate verlängert.

■ Nordrhein-Westfalen erhält 90 Mio. DM vom Bund zusätzlich zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen und Ersatzarbeitsplätzen.

■ Wir haben das Stahlstandortprogramm um drei Jahre bis Ende 1990 verlängert. Hattingen wird als zusätzlicher Schwerpunkort mit einem Förderhöchstsatz von 15 Prozent anerkannt.

Und zusätzlich zu den bisherigen Hilfen stellt der Bund für soziale Flankierung die anfangs erwähnten 300 Mio. DM bereit. Das ist ein breitangelegtes Hilfsprogramm für Stahlunternehmen und Stahlarbeiter.

Es darf kein Tag vergehen, an dem an den Stahlstandorten nicht neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Stahlunternehmen haben eine Atempause. Aber sie müssen jetzt aktiv handeln. Die Stahlstandorte haben Luft. Aber sie müssen zu Neugründungen und Neuansiedlungen ermutigen. Und die Länder müssen zu einer verlässlichen Wirtschaftspolitik bereit sein, die Investoren nicht abschreckt, sondern anlockt.

### **Wende am Ausbildungsmarkt**

Das Problem der Lehrstellensuche für die geburtenstarken Jahrgänge ist praktisch gelöst, es gibt wieder mehr freie Plätze als Bewerber, so der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Daweke. Die neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit signalisieren die Wende am Ausbildungsmarkt. Die Zahl der unbesetzten Stellen stieg gegenüber dem Vorjahr auf 44 509, während die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber auf 34 181 gesunken ist.

# SPD weiter auf Schlingerkurs

**Ungeachtet des wachsenden Widerstandes, der in den Gewerkschaften und in den eigenen Reihen gegen das unrealistische Ausstiegsszenario der SPD immer deutlicher wird, versuchen Spitzenpolitiker der SPD die Nürnberger Beschlüsse zum Ausstieg aus der Kernenergie weiter festzuklopfen. Jüngstes Beispiel: Die energiepolitischen Beschlüsse der nordrheinwestfälischen SPD auf dem Landesparteitag am 3. und 4. Oktober 1987 in Bochum.**

Noch am 29. April 1986 behauptete Johannes Rau:

„Die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt.“ (Pressemitteilung der SPD vom 29. 4. 1986)

Heute will Johannes Rau davon nichts mehr wissen. Im Leitantrag des Landesvorstandes, der auf dem Landesparteitag 1987 der nordrhein-westfälischen SPD beschlossen wurde, heißt es:

„Unser Nein zur weiteren Nutzung der Atomkraft gilt ohne Unterschied für alle Reaktortypen, auch für den THTR. Die nordrhein-westfälische SPD will mit allen rechtsstaatlich möglichen Mitteln so schnell wie möglich die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung beenden.“

## **Kalkar: Beispiel für Technologieblockade der SPD**

Daß nicht nur der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, der mit einer nach Recht und Gesetz gültigen Betriebserlaubnis ausgestattet ist, stillgelegt werden soll, sondern auch in Kalkar nach dem Willen der Landesregierung die teuerste Fortschrittsruine der Bundesrepublik entstehen soll, hat Rau unmißverständlich klargestellt:

„Der Schnelle Brüter in Kalkar kann nach unserer Erkenntnis auf der Grundlage geltenden Rechts aus Sicherheitsgründen keine Betriebsgenehmigung erhalten.“ (Rede Rau auf dem Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen vom 3./4. 10. 1987)

Diese Aussage muß nicht nur vor dem Hintergrund gesehen werden, daß jetzt durch das Gutachten der Schweizer Firma Motor-Columbus die forschungspolitische Notwendigkeit des Schnellen Brüters unterstrichen wurde, sondern daß die nordrhein-westfälische Landesregierung selbst mit insgesamt 16 Teilgenehmigungen ein vorläufiges positives Gesamturteil über den Atomreaktor ausgesprochen hat. Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang auch, daß ein abschließendes Urteil der Reaktorsicherheitskommission und des TÜV noch aussteht. Die Vorwegnahme des Ergebnisses der Sicherheitsüberprüfungen steht daher im krassen Gegensatz zur Erklärung Raus, daß das Genehmigungsverfahren in Kalkar nach Recht und Gesetz durchzuführen sei.

## **Widerstand in den eigenen Reihen**

Nachdem selbst der frühere hessische Umweltminister Joschka Fischer einen Sofortausstieg aus der Kernenergie als „irreal“ bezeichnet hat (Der Spiegel, 28. 9. 1987, S. 45), werden auch die Stimmen innerhalb der SPD und der Gewerkschaften gegen das unrealistische Ausstiegskonzept der Sozialdemokraten immer lauter:

— Mitte August 1987 hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Düsseldorf, **Prof. Friedhelm Farthmann**, seine Parteifreunde eindringlich davor gewarnt, die Stilllegung des

Hochtemperaturreaktors (THTR) beim SPD-Landesparteitag zu beschließen: „Ich könnte einem solchen Beschluß nicht zustimmen, ich hielte ihn auch nicht für realisierbar und sehe in einem solchen Beschluß auch kein Monitum für die Landesregierung. Man kann natürlich beschließen, im Himmel sei Jahrmarkt, da muß jeder Delegierte und jeder Parteitag wissen, wie ernst er sich selber nimmt.“ (Die Welt, 17. 8. 1987)

— Unmittelbar vor dem Landesparteitag wurden dann sogar Zweifel an dem Kabinett Raus an der Durchführbarkeit des Ausstiegsbeschlusses laut:

Als erster preschte der bei Kernenergiegegnern völlig unverdächtige **Umweltminister Klaus Matthiesen** vor, der die Zehnjahresfrist als „unrealistisch“ bezeichnete. (ddp vom 30. 9. 1987, „Raus Minister beschwören einen realistischen Kernenergiekurs“)

**Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen** wurde sogar noch deutlicher: Ein Alleingang Nordrhein-Westfalens beim Ausstieg aus der Kernenergie sei weder rechtlich möglich noch politisch sinnvoll. Für eine „Übergangszeit“ müsse die Atomkraft dann toleriert werden, wenn keine gravierenden Sicherheitsbedenken dagegen sprechen. (ddp vom 30. 9. 1987)

**Arbeitsminister Herbert Heinemann** verstieg sich gar zu der Erklärung, daß der Nürnberger Ausstiegsbeschluß aufgrund mangelnder Information „völlig falsch interpretiert“ worden sei: Die Zehnjahresfrist beginne nicht mit dem Beschlußdatum 1986, sondern erst nach Änderung des Atomgesetzes. Dieses sei aber frühestens nach einem Sieg der SPD bei der nächsten Bundestagswahl durchsetzbar. (ddp vom 30. 9. 1987)

■ Nachdem sich u. a. Oskar Lafontaine von dem „Überbrückungskonzept“ der **Gewerkschaft IG Bergbau und Energie (IGBE)** mit der Bemerkung distanziert

hatte, ein Zubau der Kernenergie nach 1995 liege nicht im Interesse der Kohle und sei nicht Auffassung der SPD, schrieb der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Gesamtbetriebsräte in der Ruhrkohle AG, Klaus Hülsk, einen geharnischten Brief an Ministerpräsident Rau. Darin griff er die Energiepolitik der SPD frontal an:

„Mit dem Hinweis auf papierne Beschlüsse zur Energiepolitik, die zudem in der Wählerschaft bundesweit ohne Mehrheit geblieben sind, können die Arbeitsplätze der deutschen Bergleute und der Erhalt unserer nationalen Energiequelle Kohle nicht gesichert werden.“ (Frankfurter Rundschau vom 21. 8. 1987)

■ Ein rascher Ausstieg aus der Atomkraft ist auch nach Ansicht der Kernenergiekommission der **Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik** nicht möglich. Die Kommission ist vielmehr zu dem Ergebnis gekommen, daß die Atomkraft möglicherweise Mitte des nächsten Jahrhunderts noch einmal einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten muß. (Frankfurter Rundschau vom 25. 8. 1987)

### SPD-Beschlüsse wecken falsche Hoffnungen

Mit ihren Bochumer Beschlüssen nährt die SPD erneut die Illusion, der Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung der Bundesrepublik könnte kurzfristig durch alternative Energien und den Vorrang der heimischen Kohle in absehbarer Zeit ersetzt werden.

■ Nach den Prognosen des Bundesforschungsministeriums lassen neue und erneuerbare Energiequellen trotz ermutigender Forschungsergebnisse keine kurzfristigen Erfolge erwarten: Bis zum Jahr 2000 sind höchstens fünf Prozent der Primärenergieversorgung durch Energieformen wie Solar- und Windenergie sowie

die Nutzung von Wasserstoff zu decken. Eine Alternative zur leistungsfähigen Energiegewinnung durch Kernspaltung sind diese Energieformen in absehbarer Zeit jedoch nicht.

■ Ein vermehrter Einsatz von Kohle würde zu steigenden Umweltbelastungen und damit zu einer stärkeren Gefährdung der Gesundheit der Menschen führen. Darin sind sich alle Gutachten einig. Sogar das Freiburger Ökoinstitut spricht von zusätzlichen Emissionen bei Stickoxid und Kohlendioxid und gibt damit den zu erwartenden Anstieg der Luftverschmutzung zu.

(Klaus Müschen/Erika Romberg: Strom ohne Atom; S. Fischer Verlag Ffm., 1986)

■ Nur durch den Verbund von Kohle und Kernkraft, so wie dies im Jahrhundertvertrag festgeschrieben ist, kann ein leistungsfähiger deutscher Steinkohlebergbau langfristig aufrechterhalten werden. Erst durch die Mischkalkulation mit anderen Primärenergien, vor allem aber der Kernenergie, ist der Einsatz der deutschen Steinkohle überhaupt verkraftbar. Ohne den Atomstrom könnte keine deutsche Steinkohle eingesetzt werden, da dies der Volkswirtschaft viel zu teuer käme.

### Opportunistisches Konzept

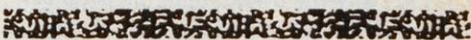
Mit ihrer Energiepolitik betreibt die SPD weiterhin ein unwürdiges Spiel mit der Angst der Bevölkerung. Wer den Eindruck zu erwecken sucht, die friedliche Nutzung der Kernenergie sei nicht verantwortlich, der darf sich nicht dafür aussprechen, auch nur für eine Übergangszeit die Kernkraft weiterhin zu nutzen.

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl die Reaktorsicherheitskommission (RSK) damit beauftragt, alle deutschen Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen.

Bereits im Juni 1986 wurde von der RSK festgestellt, daß wegen des hohen Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke und des großen konzeptionellen Unterschieds zum Reaktortyp in Tschernobyl kein Zweifel an der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke besteht. Die Bundesregierung hat die RSK trotzdem beauftragt zu prüfen, wie die geringe Wahrscheinlichkeit von Unfällen (Restrisiko) noch weiter herabgesetzt und die Folgen solcher hypothetischer Unfälle vermindert werden können.

Die Empfehlungen, die die RSK im Dezember 1986 ausgesprochen hat, hat sich die Bundesregierung zu eigen gemacht und die Bundesländer aufgefordert, die Umsetzung der geforderten Maßnahmen unverzüglich vorzubereiten.

Weiterhin wurde eine internationale Sicherheitsüberprüfung durch Fachexperten der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) durchgeführt. Diese Überprüfungen bestätigen die Existenz extrem strenger Sicherheitsbestimmungen, den hohen Sicherheitsstand der deutschen Kernkraftwerke sowie die hohe Qualifikation und das vorbildliche Können des Bedienungspersonals.



### Auch weiterhin Energie-sparsmaßnahmen nötig

Durch Umrüstungsmaßnahmen und Betriebsüberwachungen wurde in den letzten Jahren der Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden des Bundes, der Länder und der Gemeinden stark reduziert und damit die Umwelt entlastet, darauf wies der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Jürgen Echternach, hin. Allein der Bund habe 2,2 Milliarden Mark für Energieeinsparungsmaßnahmen eingesetzt.

# Dialog zwischen Kirche und Politik

**Engagiert diskutierten die Teilnehmer der 28. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am Wochenende (16./17./18. 10. 1987) in Karlsruhe über die Möglichkeiten verantwortlicher Mitwirkung an der Bewältigung vielfältiger Zukunftsaufgaben. Unter dem Motto „Miteinander Zukunft gewinnen“ wurde in verschiedenen Arbeitsforen ebenso die Bedeutung und Aufgabe der Familie erörtert wie die Frage nach der Entwicklung im ländlichen Raum gestellt.**

Höhepunkt der Tagung war die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl im Rahmen der öffentlichen Schlußkundgebung am Sonntag. Das Tagungsmotto aufgreifend betonte der CDU-Bundesvorsitzende vor über 600 Zuhörern, daß die Union weder eine rechte noch eine linke Partei ist, sondern auch in Zukunft eine große Volkspartei der Mitte bleiben wird.

Nachdrücklich warnte er Politiker und Kirchenvertreter davor, der Jugend ihre Lebenschance „wegzureden“. Wichtigste Voraussetzung für eine glückliche Zukunft ist jedoch, daß man die geistig-moralische Kraft aufbringt, sich der Probleme anzunehmen und auf ihre Lösung hinzuarbeiten.

Schon am Samstag, dem 17. Oktober 1987, hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth für eine stärkere Beteiligung aller Bürger bei der Suche nach dauerhaften und tragfähigen Konzepten für die unterschiedlichsten Problemstellungen der Gegenwart und Zukunft geworben. So müsse man sich gemeinsam dafür einsetzen, sozial ausgewogene Steuerlösungen zu finden. Eindringlich warnte er vor einem zunehmenden Rückzug ins Private und appellierte an Solidarität und Leistungsbereitschaft.

Zur Frage des Paragraphen 218 sagte Späth: „Wir, die Christlich Demokratische Union, müssen jeden Tag anprangern, was es für eine heuchlerische Gesellschaft ist, die am Sonntag über das Kindersterben und die Armut der Dritten Welt redet und am Montag bereit ist zu sagen, daß in einem der reichsten Länder der Welt über 200 000 Kinder aus sozialen Gründen nicht geboren werden.“

Meinungsunterschiede über das Verhältnis von Kirche und Politik wurden beim „Theologischen Abendgespräch“ am Freitag, dem 16. Oktober 1987, deutlich. Der Stuttgarter Justizminister Heinz Eyrich bedauerte gegenüber dem badischen Landesbischof Klaus Engelhardt, daß der notwendige Dialog zwischen Kirche und Politik auf ein Minimum reduziert worden sei. Er vermisse oftmals Rat und Hilfe seiner Kirche.

Scharfe Kritik übte Bodo Volkmann, Mitglied des Präsidiums des Christlichen Jugenddorfwerkes, an Stellungnahmen der EKD und politisierenden Pfarrern. In der teilweise leidenschaftlichen Diskussion mahnte der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Werner Dollinger, zu mehr Verständigungsbereitschaft und erinnerte daran, daß evangelische Christen im EAK sich auch ihrer Rolle als Glieder ihrer Kirche bewußt sein müssen.

In seiner Eröffnungsansprache am Samstag, dem 17. 10. 1987, wandte sich auch der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Staatsminister Albrecht Martin, gleichermaßen gegen eine Politisierung der Theologie wie gegen die Theologisierung der Politik. Er warnte davor, die Lösung politischer Probleme zu erschweren, dadurch, daß an die Stelle sachlicher Argumente das Gegeneinander von Glaubensbekenntnissen tritt.

## Brandenburger Gemeinsamkeit

*Ein sehr ungewöhnliches Zwiesgespräch führte der Erste Vizepräsident des NRW-Landtages, Hans-Ulrich Klose, mit Erich Honecker im Schloß Benrath. Bei der Begrüßung stellte sich der 52jährige CDU-Politiker aus Korschenbroich dem 75jährigen SED-Generalsekretär mit den Worten vor: „Wir beide lebten mal unter demselben Dach, Sie zehn Jahre unter den Nazis, ich ein Jahr unter Ihnen! Vergessen Sie die politischen Gefangenen nicht, wenn die Normalisierung vorangehen soll.“*

*Der in Rüdersdorf (Mark Brandenburg) geborene Klose spielte damit auf die Tatsache an, daß er 1956 in demselben Zuchthaus Brandenburg als Gegner des SED-Regimes inhaftiert war, in dem Honecker als Kommunist von 1935 bis 1945 gesessen hatte. Honecker zu Klose: „Wir werden jeden einzelnen Fall prüfen.“ Darauf Klose: „Und wenn Sie die Gefangenen freigeben, dann lassen Sie sie ausreisen, wenn sie nicht in der DDR bleiben wollen.“ Honecker versprach's, berichtete die Düsseldorfer „Rheinische Post“.*

## Rita Süßmuth begrüßt Schließung der Leihmütteragentur

Für die Schließung der amerikanischen Leihmütter-Vermittlungsagentur hat Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Winfried Brück, und dem hessischen Sozialminister Karl-Heinrich Trageser gedankt. Man müsse mit strengen Vorschriften dafür Sorge tragen, daß ein ethisch nicht verantwortbarer Umgang mit modernen Fortpflanzungstechniken, insbesondere der sogenannten Leihmütterschaft, unterbleibe. Auch sei es aus diesem Grunde notwendig, skrupellose Geschäftemacher, wo immer sie auftreten, mit konsequenter Entschlossenheit zur Verantwortung zu ziehen, so Frau Süßmuth. Die Ministerin habe daher die Absicht, durch schnelle Verabschiedung ihres bereits vorliegenden Referentenentwurfs weitergehende gesetzliche Verbote durchzusetzen. Diese sollen die vorhandenen und von den zuständigen Behörden in Hessen jetzt praktizierten Vorschriften des Adoptionsvermittlungs-

rechts — so erhielten die beiden Mitarbeiter der Frankfurter Leihmütter-Agentur einen Bußgeldbescheid über je 10 000 Mark — ergänzen.

## Erstmals seit 1984 wieder mehr Beschäftigte im Handwerk

Ende Juni waren in der Bundesrepublik 3,63 Millionen Menschen in Betrieben von selbständigen Handwerkern beschäftigt, 0,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit ist erstmals seit Anfang 1984 die Beschäftigung im Handwerk im Vorjahresvergleich gestiegen, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Als Ursache der gestiegenen Beschäftigung nannten die Statistiker den schwächer werdenden Stellenabbau im handwerklichen Baugewerbe und die kräftige Zunahme im Dienstleistungshandwerk. Allein bei den Gebäudereinigern waren Ende Juni 1987 über 20 000 Menschen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Der Umsatz der Handwerker im zweiten Quartal lag mit 86,8 Milliarden Mark um 3,5 Prozent höher als vor Jahresfrist.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

**CDU Die Zukunft**

**CDU extra**

**CDU - Die Zukunft**

**Mehr Deutsche können jetzt zueinander**



**Arüstung - auch ein Erfolg von CDU und Helmut Kohl**

# Weiter so: Frieden schaffen mit weniger Waffen

mit diesem ersten ermutigenen Schritt nicht zufrieden.

Jetzt gilt es, nicht nur bei den Raketen, sondern auch bei den Panzern abzurufen und ein weltweites Verbot chemischer Waffen zu erreichen.

**Steuerreform: Für alle gerechter und einfacher**

Mehr Wachstum und mehr Beschäftigung durch ein Steuersystem, das gerechter und einfacher ist — das ist das Ziel der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl. Jetzt sind mit den Vereinbarungen der Koalition über die Große Steuerreform die Eckpunkte festgelegt worden:

- Dauerhafte Steuerentlastung
- Verbesserung der Steuerstruktur.

In diesem CDU extra die wichtigsten Punkte der Steuerreform.

**Norbert Blüm: Helf den älteren Müttern**

„Helf den älteren Müttern, die vor 1907 geboren worden sind, möglichst unbürokratisch in den Genuss der Kindererziehungszulage zu kommen!“ Dazu ruft der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Behörden, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften auf. Er bittet auch die Kinder der Berechtigten, die älteren Mütter auf ihre Rentenansprüche hinzuweisen und ihnen bei der Erledigung der notwendigen Formalitäten zu helfen.

**CDU - Die Zukunft**

Über 200 000 Exemplare des letzten CDU extra sind von den CDU-Verbänden bestellt und verteilt worden. Wegen der großen Nachfrage ist eine Neuauflage gedruckt worden. Aktualisiert durch Beiträge über die Steuerreform. Bestellungen wie immer an das **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**  
**Bestell-Nr.: 2993 · Mindestmenge: 250 Exemplare · Preis: 25,— DM**

# U i D

33/87

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** WA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.